

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein MdL
Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

2. Februar 2018

PRESSEMELDUNG 7/2018

„Asyl-Notstand in Cottbus ausgerufen“

Deutscher Städte- und Gemeindebund: „Wir haben Städte, die sagen: Das geht einfach nicht mehr“ – AfD-Landesvorsitzende: „Innere Sicherheit auch in Schleswig-Holstein bedroht“

Im Gegensatz zu blauäugigen Verlautbarungen rund um die Sondierungsgespräche der designierten Großkoalitionäre scheinen die bundesdeutschen Kommunen klarer zu sehen und vor allem zu denken. So erklärte in dieser Woche der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Zwar ist es gelungen, die Flüchtlingszahlen deutlich zu reduzieren, aber wenn im Sondierungspapier von jährlich 220.000 Flüchtlingen die Rede ist, dann ist das eine Großstadt pro Jahr mehr in Deutschland oder jeden Monat eine Kleinstadt.“

Und weiter stellte Landsberg klar: „Städte und Gemeinden dürfen bei der Integration der Flüchtlinge nicht überfordert werden. Daher haben wir uns stets gegen einen unbegrenzten Familiennachzug ausgesprochen.“

„Derlei AfD-nahe Positionen entsprechen schlicht dem gesunden Menschenverstand, denn wozu diese Überforderung mit dem Flüchtlingsansturm führt, sehen wir derzeit in Cottbus und Freiberg. Diese Städte haben den Asyl-Notstand ausgerufen und den Stopp jedweder weiteren Aufnahme von Flüchtlingen verkündet. Richtig so – denn die Bundes- und Landespolitiker in ihren Wohlstandszonen merken sonst rein gar nichts von den Nöten der ‚einfachen‘ Bevölkerung; insbesondere einheimische Frauen, Kinder und Alte, die hauptsächlich von täglichen ‚Einzelfällen‘ betroffen sind, leiden unter einer massiv angestiegenen Gewalt im öffentlichen Raum“, so die AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein.

Deshalb ist dem Deutschen Städte- und Gemeindebund vollends zuzustimmen, wenn Hauptgeschäftsführer Landsberg erklärt: „Es ist nicht auszuschließen, daß es künftig immer wieder Fälle geben wird, in denen ein Zuzugsstopp verhängt werden muß.“ Ferner äußerte er, die Politik habe vorausschaubare Entwicklungen zu lange ignoriert und es versäumt, den Flüchtlingsstrom in geordnete Bahnen zu lenken. „Viele sind davor zurückgeschreckt, den Menschen vorzuschreiben, wo sie zu leben haben. Aber dadurch haben wir jetzt Städte, die sagen: Das geht einfach nicht mehr.“

Dazu erklärt die schleswig-holsteinische AfD-Vorsitzende: „Wer meint, Cottbus und Freiberg seien weit weg, der möge auf ‚Einzelfälle‘ nach Kiel oder Neumünster schauen. Auch im beschaulichen ‚Land zwischen den Meeren‘ ist die Sicherheit im öffentlichen Raum zusehends bedroht. Dieser Scherbenhaufen der bundesdeutschen Regierungspolitik wird von zukünftigen Generationen aufzukehren sein. Doch wer weiß, ob dieses Totalversagen der Kabinette Merkel nicht unwiederbringliche Tatsachen geschaffen hat, deren ‚Reparatur‘ unmöglich sein wird?“